

Beschlussvorlage
51/031/2022
vom 21.04.2022

Az.
Bezug-Nr.:
Fachdienst Familie und Jugend
Sebastian Krause

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Jugend und Sport	21.04.2022	öffentlich vorberatend
Verwaltungsausschuss	31.05.2022	nicht öffentlich beschließend

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2021 auf Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Vechta

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 05.12.2021, welches der Beschlussvorlage als **Anlage** beigelegt ist, beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Verwaltung ein Konzept zur „Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Vechta“ entwickeln soll. Mit Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 11.01.2022 wurde die Angelegenheit in den zuständigen Fachausschuss Jugend und Sport verwiesen.

Als Begründung wurden u.a. die mangelhaften Beteiligungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen in politische Prozesse und Entscheidungen genannt. Des Weiteren wird ein nicht existentes parteiungebundenes Gremium angeführt. Interessierten Kindern und Jugendlichen würden keine Möglichkeiten eines Engagements bekommen. Dem partizipativen Ansatz gegenüber der Zielgruppe würde durch die mangelnde Einbeziehung nicht nachgekommen. Der genannten Zielgruppe soll durch ein Jugendparlament ein verlässlicher Rahmen geboten werden, ihr Interesse einzubringen und die politische Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse sicherzustellen.

Nach Auffassung der Verwaltung muss ein Jugendparlament hauptamtlich begleitet werden. Dies stellt sicher, dass Kinder und Jugendliche sowohl organisatorisch aber auch fachlich angeleitet und in besonderen Fällen gleichzeitig geschützt werden. Um den Aufwand angemessen bearbeiten zu können, empfiehlt sich eine sozialpädagogische Fachkraft in einem Wochenstundenumfang einer halben Personalstelle für den Bereich der Jugendbeteiligung zu beschäftigen.

In der Stadt Vechta gibt es Formen der Jugendbeteiligung an demokratischen Prozessen und die Möglichkeit der Mitarbeit in den dafür existierenden Gremien. Zum einen gibt es den **Stadtjugendring**, der per Satzung die gemeinsamen Interessen gegenüber kommunalen und staatlichen Behörden und in der Öffentlichkeit vertritt und eine enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Jugendgruppen ermöglichen soll. Zudem ist ein Vertreter des Stadtjugendrings beratendes Mitglied in diesem Fachausschuss. Durch die Neuausrichtung und Eingliederung der städtischen Kinder- und Jugendarbeit in den Fachdienst Familie und Jugend ist u.a. auch die Aktivierung des Stadtjugendrings vorgesehen, um für diese Zielgruppe eine Teilnehmungsplattform zu bieten.

Darüber hinaus ist es jungen Menschen möglich, sich in einem eigens geschaffenen „**Jugendforum**“ im Rahmen des Bundesprojektes „**Partnerschaft für Demokratie**“ in seinen Schwerpunkten mitzubestimmen, mitzugestalten und mitzuentcheiden.

Die kommunale Jugendarbeit, ausgehend aus dem Gulfhaus, mit den Schwerpunkten der Jugendarbeit und der Förderung der Jugendverbände, verstehen die Mitbestimmung und Mitgestaltung der jungen Menschen als grundsätzliche Haltung ihrer Arbeit. Um auch für diese Zielgruppe Mitbestimmungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sicherzustellen, soll im zukünftigen **Gulfhausgremium** die Jugendvertretung gleichberechtigt beteiligt werden.

Die Verwaltung schlägt daher vor, die bereits vorhandenen Ressourcen und Netzwerke zukünftig wieder in den Fokus der Jugendarbeit und -beteiligung zu stellen. Neben der Wiederbelebung des Stadtjugendringes, der Besetzung des Jugendforums der Partnerschaft für Demokratie und die Gründung des Gulfhausgremiums soll Jugendbeteiligung und Mitbestimmung aktiv umgesetzt und durch die Stadtjugendpflege betreut und sichergestellt werden.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Jugend und Sport schlägt dem Verwaltungsausschuss folgende Beschlussfassung vor:

„Dem Antrag auf Einführung eines Jugendparlaments in der Stadt Vechta wird insoweit zugestimmt, als dass die Jugendbeteiligung durch die Reaktivierung der vorhandenen Beteiligungsformen „Stadtjugendring“ und „Jugendforum“ sowie durch die geplante Gründung eines „Gulfhaus-Gremiums“, welches durch die pädagogischen Mitarbeiter des Gulfhauses betreut wird, erfolgt. Die Einführung eines Jugendparlaments wird abgelehnt.“

Anlagen

Antrag Grüne_Jugendparlament